

**Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 1480/17**

Titel

Rechtsextremer Angriff auf das Alternative Jugendzentrum

Öffentlichkeitsstatus

öffentlich

Stellungnahme

***1. Ist dieser Angriff dem Jugendamt bekannt?***

Ja.

***2. Was ist dem Jugendamt über diesen Angriff bekannt?***

Am 28.07.2017 informierte der Träger das Jugendamt zu dem Vorfall am 27.07.2017. Im persönlichen Gespräch mit dem Träger am 07.08.2017 wurde das Jugendamt über die Vorkommnisse wie folgend in Kenntnis gesetzt:

Am 27.07.2017, gegen 1.00 Uhr morgens, wurde der verantwortliche Sozialarbeiter von einem Vorstandsmitglied des AJZ in das Jugendzentrum wegen eines Übergriffes gerufen. Der Sozialarbeiter war unmittelbar nach dem Anruf (ca. 5 min.) vor Ort. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich bereits Einsatzkräfte der Polizei auf der Straße vor dem AJZ. Es durften auf Anweisung der Polizei keine Personen das Haus betreten oder verlassen, so dass die Kommunikation zwischen dem Sozialarbeiter und den Nutzenden des Jugendzentrums ausschließlich telefonisch möglich war. Im Haus befanden sich acht Personen, davon zwei vom Vorstand des AJZ.

Die Einsatzkräfte der Polizei warteten auf eine zweite Einheit (BFE – Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit). Mit Eintreffen der BFE (ca. 20 Personen) wurde das Tor zum Hof des AJZ durch den Sozialarbeiter geöffnet. Ab diesem Zeitpunkt erfolgte der Zugriff ohne weitere Absprachen mit dem Sozialarbeiter, der Zugang zu sämtlichen Räumen im AJZ hatte und bereit war, diese zu öffnen. Während des Einsatzes der BFE wurden Türen aufgehebelt und Spuren gesichert. Gegen 4.30 Uhr war der Einsatz beendet. Festnahmen gab es keine. Der durch den Zugriff verursachte Schaden beläuft sich auf ca. 400 Euro (Instandsetzungskosten durch das AJZ).

Nach Aussagen der Nutzenden des AJZ hat ein Besuch von drei männlichen Personen stattgefunden. Eine dieser Personen war bereits durch einen zurückliegenden Vorfall im AJZ (Angriff mit Pfefferspray in 2016) den Anwesenden bekannt und ist der rechten Szene zuzuordnen. Über die anderen beiden Personen konnten keine Aussagen getroffen werden. Im weiteren Verlauf kam es zu Handgreiflichkeiten, unter anderem durch Einsatz von Pfefferspray und einer Eisenstange durch die Gruppe, die daraufhin das AJZ verlassen hat. Ein Nutzer des AJZ erhielt eine Platzwunde am Kopf. Zwei Personen der Gruppe wurden bei der Auseinandersetzung verletzt. Die Polizei wurde anschließend durch eine Nutzerin des AJZ über den Vorfall informiert und zu Hilfe gerufen.

***3. Welche Reaktionen werden seitens des Jugendamtes folgen?***

Jugendamt und Träger haben bis auf Widerruf intensivere Kontakte vereinbart. Im Bedarfsfall erfolgen weitere Festlegungen. Der Träger selbst hat sich an EZRA (Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt) und Rote Hilfe e.V. gewandt und erhält darüber Rechtsbeistand.

#### ***4. Welche Probleme oder Bedrohungen durch Rechtsextremismus sind den Trägern von Einrichtungen und Maßnahmen der Erfurter Jugendhilfe in den letzten drei Jahren bekannt geworden? Welche Fälle davon wurden an das Jugendamt weitergemeldet und welche nicht?***

Die Fachberatung des Jugendamtes für Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit steht mit allen geförderten Trägern und deren Maßnahmen im aktiven Austausch. Probleme mit Rechtsextremismus werden sowohl in Trägergesprächen als auch bei Vorortbesuchen und Mitarbeitergesprächen thematisiert.

Über folgende Probleme durch Rechtsextremismus wurde das Jugendamt (Stand: 09.08.2017) in Kenntnis gesetzt:

##### **Erfurter Brücke (Caritas)**

Projekt Eule: Eine Bedrohung der Mitarbeiter/-innen gab es nicht. Gleichwohl sind zwei Schüler/-innen bei den Projektgruppen der 8. und 9. Klasse an der TGS 4 in der Volksgemeinschaft aktiv, haben deren Flyer mitgebracht und versucht, diese im Schulgebäude zu verteilen. Sie provozieren immer wieder Mitschüler/-innen und Pädagog/-innen. Die Einrichtung der Volksgemeinschaft zeigt eine starke Präsenz im Wohngebiet.

Praxisklassen: In allen Klassen lernen u. a. Kinder mit Migrationshintergrund, die im Klassenteam anerkannt sind. Gleichwohl ist aus Bemerkungen einzelner Kinder zu erkennen, dass sie oder noch eher deren Familien rechtsorientiert sind. Entsprechende Aussagen werden immer aufgegriffen.

Kompetenzagentur/JUSTiQ: Eine Sozialarbeiterin teilte mit, dass zwei ihrer (afghanischen) Klienten wegen eines rechtsextremen Motivs angegriffen wurden, weshalb weitere Beratungen in der EZRA folgten. EZRA unterstützt sie sowohl beim weiteren juristischen Prozess als auch bei der psychologischen Bearbeitung. Die jungen Männer wurden von der Polizei eingeladen, ihre Zeugenaussagen abzugeben.

##### **Schulbezogene Jugendsozialarbeit (PERSPEKTIV e.V.)**

Grundschule 25: Im Dezember 2016 ereignete sich ein rassistisch motivierter verbaler Übergriff an der Schule. Während Schüler/-innen in der Turnhalle ein Theaterstück aufführten, wurden zwei Familien mit Migrationshintergrund lautstark rassistisch beleidigt. Eine gewalttätige Eskalation der Situation konnte durch das Einschreiten von Mitarbeiterinnen der Schule verhindert werden. Bei den Tätern handelte es sich um die Eltern einer Schülerin. Diese können aufgrund ihrer optischen Erscheinung und in der Vergangenheit getätigten Aussagen dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden.

Das Team der Schule nahm den Vorfall zum Anlass, unterstützt durch MOBIT, einen Leitfaden zum Umgang mit Rassismus zu erarbeiten.

TGS 4: Ab März/ April 2016 tauchten vermehrt Aufkleber in der gesamten Schule auf, mit Aufschriften wie: „Erfurt bleibt deutsch“, „Refugees not welcome“, „Schiff Ahoi Refugees not welcome“ u.a. Zwei Schüler der TGS 4 konnten als Verursacher festgestellt werden. Sie sind Nutzer des Vereins „Volksgemeinschaft“. Es ergaben sich immer wieder Gespräche, auf Wunsch von eben diesen Schülern, mit dem Schulsozialarbeiter der Schule. Zum Ende des Schuljahres 2015/16 zeigte sich, dass beide Schüler in den Gesprächen zunehmend nicht pädagogisch unterstützt werden wollten, sondern die Gespräche gezielt mit dem Schulsozialarbeiter suchten, um mit ihm über politische Themen zu diskutieren und zu provozieren. Zudem gab es Übergriffe und Bedrohungen durch beide Schüler gegen den Schulsozialarbeiter. Eine pädagogische Arbeit

war mit beiden Schülern nicht möglich, da sie das Angebot der Schulbezogenen Jugendsozialarbeit kategorisch ablehnten. Ab September 2016 gab es rassistische Übergriffe durch die oben beschriebenen Täter gegen Schüler/-innen der Schule. Die betroffenen Schüler/-innen wurden pädagogisch durch die Schulbezogene Jugendsozialarbeit betreut und unterstützt. Es muss in diesem Zusammenhang festgestellt werden, dass die beiden Täter schon in den vergangenen Schuljahren stark verhaltensauffällig waren. Sie zeigten bereits ab dem Schuljahr 2013/2014 verbal und körperlich grenzüberschreitendes Verhalten. Mit beiden Schülern wurde bereits zu diesem Zeitpunkt pädagogisch durch die Schulsozialarbeiter/-innen gearbeitet. Einer der beiden Täter nahm an einem Aggressionsschwellentraining, Sozialen Trainingskurs teil. So wurde auch immer wieder versucht, prosoziale Unterstützungsangebote anzubieten. Ein Täter wurde durch die Schulsozialarbeiter/-innen erfolgreich in die Gruppe der Streitschlichter/-innen integriert.

Erst durch die Präsenz der „Volksgemeinschaft“ im sozialen Umfeld der Schule erweiterte sich das Handlungsfeld der Täter um rechte und rassistische Elemente. Aufgrund der Anfrage über den Zeitraum der letzten 3 Jahre wurde aktuell das Gespräch mit der Lehrerin für Deutsch als Zweitsprache gesucht, welche aufgrund der intensiven Zusammenarbeit mit Schüler/-innen mit Migrationshintergrund ein sehr vertrauensvolles Verhältnis über die vielen Jahre aufgebaut hat. In diesem Gespräch kristallisierte sich ebenfalls heraus, dass rechts motivierte Übergriffe wie oben beschrieben, zunächst mit der Verteilung der Aufkleber im Frühjahr 2016 anfangen und rassistische oder rechtsextreme Anfeindungen vorab nicht bekannt waren. Die oben beschriebene Entwicklung ist seit Frühjahr dieses Jahres rückläufig. Aktuell sind den Schulsozialarbeiter/-innen keine weiteren Übergriffe oder Bedrohungen bekannt.

Ein Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Vorfälle, welche teilweise rechtsextremistische und rassistische Hintergründe hatten und dem Schulwechsel der beiden Täter/ Schüler, kann durch die Schulsozialarbeiterinnen nicht ausgeschlossen werden.

Neben den etablierten Kooperationstreffen, wie der Stadtteilkonferenz Süd-Ost, gab es mehrere Kooperationstreffen mit den verschiedensten Akteuren, inner- und außerhalb des Stadtteils, wie z.B. Treffen mit der LAP (Lokaler Aktionsplan gegen Rechtsextremismus), ein Runder Tisch mit dem Jugendamt, Stadtjugendring und Akteuren des Stadtgebietes, um der Verortung einer nach außen agierenden rechten Szene (z.B. Volksgemeinschaft) und deren Auswirkungen zu begegnen.

### **Radio F.R.E.I. (Komed e.V.)**

1. Der Verein setzt Bildungsmodule zum Thema "Rassismuskritische Medienarbeit" in der TGS 4 am großen Herrenberg um.

Hier trugen Jugendliche (7./8.Klasse) einschlägige Kleidung und haben offen im Klassenverband gegen Radio F.R.E.I. gehetzt, z.B. las eine Schülerin mehrfach laut eine Nachricht (angeblich ihrer Mutter) vom Handy vor unter dem Motto: "Na, was macht das Zeckenradio mit euch?"

2. Seit Frühjahr 2017 befindet sich der Radiocontainer von Radio F.R.E.I. am Melchendorfer Markt und war auch am "Tag der Vielfalt" am 24.06.2017 beteiligt. Dieser wurde als Reaktion auf das von der RECHTEN geplante "Familienfest für bedürftige Deutsche" insbesondere unter Beteiligung des Stadtteilzentrums am Herrenberg organisiert. An diesem Tag fanden anstatt des Familienfestes mehrere Kundgebungen der RECHTEN statt, u.a. in der Nähe des Melchendorfer Marktes und des Radiocontainers, die in ihren Ansprachen namentlich eine Mitarbeiterin von Radio F.R.E.I. erwähnten und als Organisator/innen des Tags der Vielfalt benannten (die Namen wurden einer Ankündigung mit Foto aus einem TA-Artikel entnommen). Außerdem wurden Info-Plakate zum "Tag der Vielfalt" am Stadtteilzentrum am Herrenberg in einem Schaukasten abgebrannt. Der Kasten wurde zerstört und das Plakat angezündet.

Weiterhin teilte Radio F.R.E.I. dem Jugendamt mit, dass es sich seit mehr als einem Jahr in einem Rechtsstreit mit dem NPD Landesvorsitzenden in Thüringen befindet. Dieser klagt gegen die

Nennung seines Namens in einem preisgekrönten Beitrag von 2015, den Radio F.R.E.I. erstellte und sendete. Die Klage befindet sich aktuell in der 2. Instanz.

Anlagen

gez. Peilke  
Unterschrift Amtsleiter

15.08.2017  
Datum